

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten des OKV!

Ein neues Jahr unserer gemeinsamen Tätigkeit steht vor uns. Wer angenommen hat nach mehr als zwanzig Jahren nach dem Anschluss der DDR an die BRD würde sich der spezielle Einsatz für ostdeutsche Interessen als nicht mehr erforderlich erweisen, wird durch die bundesdeutsche Wirklichkeit täglich eines Besseren belehrt.

Die spezifische Aufgabe unseres Kuratoriums wird keineswegs geringer, sondern ist in seiner Intensität noch weiter zu erhöhen.

Im Jahr 2014 leisteten die Mitgliedsverbände des OKV eine umfangreiche Arbeit. Viele ihrer Höhepunkte wirkten weit über die Organisatoren hinaus.

Benenne ich nur einige Beispiele. Die von der GBM, der GRH, von ISOR, dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR und mit eindrucksvoller Mitwirkung des „Ernst-Busch-Chores“ gemeinsam durchgeführte Antikriegsveranstaltung im Februar 2014, war eine erste wichtige Wortmeldung zur Frage Krieg und Frieden im Jahr der 100. Wiederkehr des Beginns des 1. Weltkriegs. Und nicht zuletzt stand traditionell der 3. Oktober mit unserer Protestveranstaltung ganz im Zeichen unseres Engagements gegen deutsche Großmachtspolitik und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir forderten eine aktive Friedenspolitik der deutschen Regierung und traten ein für internationale Solidarität zwischen den Völkern!

Erstmals ist es gelungen, mit Hilfe des „Aktionsbündnisses 9. November 2014“ unseren Protest auf die Straße zu tragen.

Die GBM organisierte gemeinsam mit GRH, ISOR und den weiteren OKV-Verbänden eine Petition gegen das Rentenunrecht, die von über 95.000 Bürgerinnen und Bürger gezeichnet wurde. Das Ergebnis wird am 28.01.2015 dem Petitionsausschuss des Bundestages übergeben. Die gleichzeitig herausgegebene Broschüre wider dieses Rentenunrecht ist weiterhin auf unserer Website abrufbar.

Unsere Verbündeten im Kampf um ein friedliches und sozial gerechtes Deutschland sind u.a. die Partei DIE LINKE, die Gewerkschaften und alle sozialistischen/kommunistischen Parteien und Vereinigungen. Umso mehr waren wir betroffen, dass linke Funktionäre, insbesondere die Thüringer LINKE in ihren Koalitionsgesprächen die DDR als Unrechtsstaat verunglimpften. Dagegen richtete sich sofort unser Protest, und im folgenden Beitrag wird dazu informiert.

Aus meiner Sicht ergeben sich folgende Schwerpunkte für unsere Arbeit im Jahr 2015:

Am **8. Mai** 2015 jährt sich zum 70. Mal der Tag der Befreiung des deutschen Volkes und der Völker Europas vom Faschismus. Eine Großkundgebung am Treptower Ehrenmal gewinnt gerade heute an Bedeutung. Eine solche gemeinsam mit unseren Verbänden und verbündeten Parteien und Organisationen vorzubereiten, sollte unser Anspruch sein und der Forderung „Nie wieder Krieg nie wieder Faschismus“ aktuell Rechnung tragen.

Am **2. August** 2015 wird das Potsdamer Abkommen 70 Jahre alt. Wir müssen deutlich machen, dass das Potsdamer Abkommen von Anfang an von den konservativen und imperialistischen Kräften unterlaufen wurde, um die neu entstandene BRD als Speerspitze gegen die entstandenen sozialistischen Länder einzusetzen. Dieses wichtige Völkerrechtsabkommen soll heute völlig in Vergessenheit geraten.

Der **25. Jahrestag** des Beitritts der DDR zur BRD sollte uns Anlass sein, Bilanz in politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht zu ziehen. Deren Ergebnisse werden im Zentrum der Alternativen Einheitsfeier – unseres Protestes am **3. Oktober** – stehen. Außer den weiterhin bestehenden Defiziten, zu deren Beseitigung die Regierenden nicht willens sind, geht es uns um eine Zukunft in einer sozial gerechten Gesellschaft in Deutschland, Europa und letztlich weltweit, einer Gesellschaft, deren Grundprinzip der Frieden ist.

Für unsere weitere Arbeit heißt das, in den aktuellen Auseinandersetzungen öffentlich Position zu beziehen. Das schließt ein, über Wege nachzudenken, wie wir weitere Bürger, vor allem jüngere Menschen, mit unseren Argumenten erreichen, Halbwahrheiten und Lügen über den ersten Versuch einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden überzeugend zurückweisen. Damit setzen wir eine langjährige Tradition fort mit Publikationen über die DDR, ihren Beitrag für Frieden und Fortschritt und ihre sozialen Leistungen sowie ihre internationale Solidarität.

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten des OKV, ich wünsche Euch/Ihnen und Euren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest als auch ein glückliches und vor allem gesundes neues Jahr 2015. Auf dass wir gemeinsam in unserem Kampf um eine bessere Welt ein gutes Stück vorankommen.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Matthias Werner
Präsident des OKV



Zum Briefwechsel und zur Beratung mit der Partei DIE LINKE

In der Ausgabe 4/2014 der OKV-Nachrichten, wurden zu den Schreiben an die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger als auch an den Thüringer Landesvorstand der LINKEN informiert. In beiden Schreiben wurde die Empörung des OKV-Präsidiums über die pauschale Verurteilung der DDR als Diktatur- und Unrechtsstaat zum Ausdruck gebracht, wie sie im Thüringer Sondierungsprotokoll zu den Koalitionsverhandlungen festgeschrieben wurde. Die Thüringer Landesvorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow, antwortete in einem Schreiben vom 20.10. und auch in einem zweiten Schreiben vom 4.12. als Antwort auf ein erneutes Schreiben des Präsidiums an Bodo Ramelow. Bernd Riexinger lud das Präsidium zum 18.11. zu einem Gespräch ein, an dem Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates beim Bundesvorstand teilnahm. Die einführenden Bemerkungen (unten stehender Beitrag) machte der OKV-Präsident, Dr. Matthias Werner. Alle angeführten Schreiben sind auf der OKV-Website (unter DOKUMENTE/KORRESPONDENZ) nachlesbar; gleichfalls der vom OKV angefertigte Gesprächsvermerk (Auszug) zum 18.11., der im vollständigen Wortlaut Bernd Riexinger zugesendet wurde.

Einführende Bemerkungen zum Gespräch am 18.11.2014

Von Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV

Vielen Dank für die Möglichkeit einen Termin zu finden, um miteinander zu sprechen.

Wir treffen uns ja heute nicht zum ersten Mal. Im Ergebnis dieser Beratungen haben wir unseren Verbänden empfohlen die LINKE bei Wahlen zu unterstützen. Zu anderen gemeinsamen Aktionen ist es jedoch bisher

nicht gekommen. Unabhängig davon fanden alle Begegnungen stets in einer Atmosphäre gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens statt.

Mit der Thüringer Erklärung und insbesondere der Presseerklärung von Dir, Katja Kipping und Gregor Gysi sind wir alle, und ich spreche hier im Namen von 25 Verbänden und Vereinigungen, die im OKV zusammenarbeiten, auf das Höchste besorgt, um nicht zu sagen, empört, wie mit dem Leben, der Lebensleistung von Millionen DDR Bürgern umgegangen wird, indem ihr Staat als Unrechtsstaat verunglimpft wird.

Es wird auf dem Altar der Regierungsbeteiligung jeglicher Standpunkt einer sozialistischen Partei geopfert. Dieses imperialistische System in der BRD soll nach maßgebenden Dokumenten der Partei nur ein bisschen verbessert werden und ansonsten soll auf eine Transformation ins Nirwana gewartet werden, anstatt mit aller Kraft dieses verkommene System, zu dessen Selbstverständnis es gehört, Krieg als legitimes Mittel zur Durchsetzung seiner Großmachtinteressen zu betrachten, zu bekämpfen.

Besonders betroffen macht uns der Umstand, dass dieser Angriff von unseren Genossen kommt, die doch den ersten Versuch, auf deutschem Boden, eine von Ausbeutung freie Gesellschaft zu errichten, bei aller Unvollkommenheit verteidigen sollten, weil er die Basis ist, einen zweiten besser durchdachten Versuch zu wagen.

Die Angriffe unserer Feinde sind wir gewöhnt. Viele unserer Mitglieder sind auch Mitglieder der LINKEN, die diesen Standpunkt der Vorsitzenden der Partei die LINKE zur DDR nicht nur nicht verstehen, sondern verurteilen.

Wie uns bekannt ist, wird von der Parteiführung wenig Wert auf Ratschläge durch den Ältestenrat der Partei gelegt. Denn dann könnten solche groben Fehleinschätzungen vielleicht vermieden werden (Rede Werner Eberlein 2001 zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin).

Wir wollen die Zusammenarbeit trotz aller Nackenschläge nicht abbrechen. Denn sonst hätten unsere Feinde ihr Ziel erreicht, alle linken Kräfte so zu zersplittern, dass für das imperialistische Staatswesen BRD und die sie tragenden Konzerne keine Gefahr besteht. Der Boden für eine weitere Zusammenarbeit könnte bereitet werden über die Organisierung gemeinsamer Aktionen.

Dazu von mir folgende Vorschläge:

1. **Gemeinsame Vorbereitung des 70. Jahrestages der Befreiung**
Im Jahr 2015 jährt sich am 8. Mai zum 70zigsten Mal der Tag der Befreiung der Völker Europas vom deutschen Faschismus. Aus unserer Sicht wäre dieses Jubiläum ein Anlass, klar den Standpunkt zu Krieg und Frieden in Europa, aller Linken, antifaschistischen und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, durch eine Großkundgebung am sowjetischen Ehrenmal in Treptow zum Ausdruck zu bringen.
2. **Vorbereitung des 25. Jahrestages des Beitritts der DDR zur BRD**
Im Jahre 2015 könnte dazu eine Konferenz durchgeführt werden, die eine objektive Bilanz der staatlichen Einheit nach 25 Jahren zieht. Bezogen auf die Wirtschaft wurde durch Klaus Blessing und Wolfgang Kühn mit dem Buch „Die Zementierte Spaltung“ eine gute Vorarbeit geleistet.
Die Bilanz wäre zu ergänzen durch Bilanzen zu politischen und sozialen Ergebnissen der staatlichen Einheit.
3. **Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe** zur vorbehaltlosen Beratung zu Möglichkeiten und Grenzen der weiteren Zusammenarbeit für eine sozialistische Zukunft in Deutschland und Europa.
In Abhängigkeit von eurer Entscheidung, unsere Vorschläge aufzugreifen und damit über die gemeinsame Arbeit zu gemeinsamen Positionen zu finden, werden wir unsere Position zur weiteren Unterstützung der Partei die LINKE überdenken.

■ ■ ■

Geschichte für heute

Von Prof. Dr. Anton Latzo

Die Jahrestage lassen uns nicht los. Zwei davon ragen im Jahre 2015 heraus. Das sind der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus sowie die Vereinbarung des Potsdamer Abkommens und der 25. Jahrestag der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch die Einverleibung der DDR in den Machtbereich des deutschen Kapitals.

Die Zerschlagung des Faschismus durch die Antihitlerkoalition, in deren Rahmen die Sowjetunion den entscheidenden militärischen und politischen Anteil leistete und die größten menschlichen und materiellen Opfer brachte, führte zur Zerschlagung des Faschismus und Militarismus und schuf tiefgreifende Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis. Unter diesen Bedingungen wurde die Tür für nachfolgende demokratische und friedliche Bedingungen in Europa und in Deutschland geöffnet. Auf der Grundlage ihrer gestärkten internationalen Stellung wurde die Sowjetunion zum Anwalt der nationalen Interessen des deutschen Volkes in der internationalen Arena.

Sie hat entscheidend dafür gewirkt, dass auf der Potsdamer Konferenz die Alliierten gegenüber Deutschland eindeutig festgelegt haben: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen.“

Gleichzeitig wurde durch die Alliierten die Zerschlagung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, der Monopole, die Entmili-

tarisierung usw. vereinbart. Gemeinsam sprachen sie sich für die Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands aus.

Die Sowjetunion unterbreitete darüber hinaus der Konferenz einen Vorschlag über die Bildung einer zentralen deutschen Regierung, doch die Westmächte lehnten ihn ab, weil sie offensichtlich fürchteten, dass die Bildung deutscher Organe für alle Besatzungszonen den Einfluss der antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte in Deutschland stärken und ihre damals schon vorhandenen antikommunistischen Ziele gefährden könnte.

Ihre Ziele wurden mit der Bildung der BRD angestrebt und dann 1990 auch erreicht. Nachdem die Westmächte und die deutsche Reaktion, unterstützt von den rechten Führern der SPD, alles getan hatten, um eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Westdeutschland zu verhindern, wurde 1949, unter Bruch des Potsdamer Abkommens und bei aktiver Beihilfe der Westmächte der westdeutsche Separatstaat geschaffen.

Mit dem Ausbau dieser Grundlage für monopolkapitalistische Verhältnisse, mit der Schaffung der dazu gehörigen politischen, staatlichen, juristischen, militärischen und sicherheitspolitischen Instrumentarien (Remilitarisierung, NATO-Mitgliedschaft, Verbot der KPD, Notstandsgesetze, Berufsverbote usw.) schufen sie das System, das sie brauchten, um 1989, im Verbund mit ihren verbündeten Großmächten in der Lage zu sein, zum großen antikommunistischen Schlag auszuholen, um die Hauptkraft, den Sozialismus, zu beseitigen, der der Verwirklichung ihrer expansiven und aggressiven Plänen im Wege stand. Das ist die Linie, die zu solchen Verhältnissen in Deutschland und in Europa geführt hat, die den obersten Repräsen-

tanten des gegenwärtigen Deutschland erneut sagen lassen, dass Deutschland „eine Zurückhaltung, die in vergangenen Jahrzehnten geboten war, vielleicht ablegen sollte zugunsten einer größeren Wahrnehmung von Verantwortung“. Zur gewünschten aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt gehöre auch, „den Einsatz militärischer Mittel als letztes Mittel nicht von vornherein zu verwerfen“ usw. (Tagesspiegel, 14.06.2014)

Die „Vereinigung“ der zwei deutschen Staaten ist Kettenglied dieses Prozesses. Sie ist keine Vereinigung (und gleich gar nicht eine Wiedervereinigung – Die Redaktion), kein freiwilliges Zusammengehen zweier gleichberechtigter Partner in Verwirklichung ihrer grundlegenden Interessen, sondern der Anschluss des einen, der DDR, durch das schlagartige und überfallartige Überstülpen des wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Systems der alten Bundesrepublik über das Anschlussgebiet. Bis heute wird ein Prozess der Unterwerfung betrieben. Darin liegen die tatsächlichen Wurzeln für den Berg von ungelösten Problemen, mit denen wir konfrontiert sind und die böse Folgen erwarten lassen.

Die Existenz, der Aufbau und die Politik der DDR zeigte, dass die konsequente Verwirklichung der Lehren des 2. Weltkrieges und der Festlegungen des Potsdamer Abkommens zu friedlichen inneren und äußeren Verhältnissen in Europa und in den einzelnen Ländern führen, Frieden reproduzieren und gegenseitige Achtung erzeugen kann.

■ ■ ■



XX. Internationale Rosa Luxemburg Konferenz am 10. Januar 2015 in der URANIA, Berlin.

Das OKV e.V. ist gemeinsam mit dem Freundeskreis „Palast der Republik“ mit einem Info-Stand mit dabei.

Und am Sonntag, den 11. Januar 2015, geht es wie alljährlich, zum Luxemburg-Liebkecht-Gedenken nach Berlin-Friedrichsfelde!

Rede am Grenzschützer-Denkmal in Cinovec, CR am 4. 12. 2014

Gehalten von Prof. Dr. Siegfried Mechler, OKV-Präsidiumsmitglied

Verehrte Dabeiseiende, Freunde und Genossen, ich begrüße Sie und Euch ganz herzlich zu dem kleinen Stopp auf unserer Heimreise von der herrlichen, erlebnisreichen und gut organisierten Adventfahrt hier ins Erzgebirge, organisiert vom Arbeitskreis Kultur und Bildungsreisen der GBM und dem Freundeskreis der Sportsenioren. Wir stehen hier in Cinovec, Tschechische Republik. Da ich vermute, dass die Mehrzahl unserer Teilnehmer zum ersten Mal hier steht, gestattet bitte eine kurze Aufklärung. Vor uns sehen wir ein Denkmal, errichtet zu Ehren der beim Grenzschutz gefallenen „Schützer und Verteidiger der tschechoslowakischen Staatsgrenzen“, also Grenzsoldaten, Zöllner und Polizisten in der Zeit von 1918 bis 1992. Also während der 1. und 2. Republik. Es wurde 2008 geschaffen von den Mitgliedern und Sympathisanten des „Clubs Tschechischer Grenzschützer“, finanziert durch Spenden, z. T. auch von ehemaligen Grenzern und Freunden aus der DDR. Es steht auf extra dafür käuflich erworbenem Grund und Boden, um seine Errichtung überhaupt erst möglich zu machen.

Inzwischen wurde am 2. Juli 2011 an der Grenze zur Alt-BRD bei As ein zweiter Gedenkstein errichtet. Es ist vorgesehen, dass weitere 9 Gedenksteine wie eine Perlenkette entlang der ehemaligen Grenze der Tschechoslowakischen Republik errichtet werden. Damit ehren die tschechischen Grenzer ihre im Dienst für Frieden und Sozialismus gefallenen Genossen und Kameraden und protestieren zugleich gegen die Zerschlagung der CSR und die Aufteilung in eine Tschechische und eine Slowakische Republik im Jahre 1992. Das Volk wurde dazu nicht gefragt.

Soviel in aller Kürze zur Idee und der Geschichte des Denkmals. Damit ist aber noch nicht erklärt, warum auch **wir** hier stehen und der gefallenen tschechischen Grenzschützer gedenken. Im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden ist die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V., also die GRH, ein sehr aktives und maßgebliches Mitglied. Innerhalb der GRH gibt es eine „Arbeitsgruppe Grenze international“, die besonders die solidarischen und freundschaftlichen Beziehungen zum „Club der Tschechischen Grenzschützer“ pflegt.

Die ehemaligen Grenzer der DDR und der CSSR, also diesseits und jenseits der Staatsgrenze, standen gemeinsam für die Erhaltung des Friedens in Europa. Diese Tradition lebt fort, aber nicht nur zwischen ihnen.

Ich kann aus langjähriger verantwortungsvoller Arbeit im OKV sagen, dass ausnahmslos alle 25 Mitgliedsorganisationen, so verschieden ihre spezifischen Aufgabenstellungen auch sein mögen, mehr oder weniger intensiv solidarisch die Pflege dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für eine friedliche und bessere Zukunft der Völker Europas und der Welt nicht nur tolerieren sondern aktiv unterstützen. Deshalb haben wir uns entschieden, gerade auch in der Vorweihnachtszeit diesen Rückkreistopp einzulegen.

Ich bitte Sie und Euch, der im Dienst gefallenen Grenzschützer der CSR zu gedenken, auch angesichts der Tatsache, dass es zwar in Deutschland einige Grabsteine für gefallene Grenzer der DDR gibt, aber einen zentralen Gedenkort haben wir nicht. (Redepause für die Kranzniederlegung) Ich danke für die Teilnahme.



Der Palast der Republik wurde am 19. September 1990 unter dubiosen Umständen für die Öffentlichkeit geschlossen.

Der Freundeskreis Palast der Republik wird 2015 aus Anlass des 25. Jahrestages der Schließung mit einer Reihe von Aktivitäten daran erinnern. Ausstellungen sind geplant, eine Reihe von Informationen werden aus aktueller Sicht der Öffentlichkeit übergeben und 25 Thesen vorgestellt, die die Erinnerung an den Palast der Republik ebenso wachhalten wie den politischen Umgang damit nach seiner Schließung

Information des Freundeskreises Palast der Republik

Von Rudolf Denner, Sprecher des Freundeskreises

bis zum Abriss durch die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag.

Genutzt werden auch unsere Internetseiten.

In den Mittelpunkt stellt der Freundeskreis seine konkreten Vorstellungen und Vorschläge zur Erinnerung an den PdR im künftigen Humboldtforum. Sie wurden dem Bauherrn, der Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum bereits schriftlich übergeben.



Der Freundeskreis will den Anlass der Palastschließung vor 25 Jahren auch als eine Reaktion auf die absehbaren Jubelfeiern zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit im Sommer/Herbst 2015 und auf das geplante Richtfest des Humboldtforums 2015 verstanden wissen.

Startpunkt ist die Rosa-Luxemburg-Konferenz der „jungen Welt“ im Januar 2015. Das OKV e.V. und der Freundeskreis Palast der Republik werden mit einem Info-Stand im Tagungsort vertreten sein.

ERINNERN – BEWAHREN – AGIEREN – PROTESTIEREN

Unter dieser Rubrik stellt das OKV Initiativen/Projekte vor, die (noch) nicht innerhalb unseres Netzwerkes tätig sind, jedoch mit ihren Zielstellungen und Inhalten auch den unseren entsprechen. Mitglieder unserer Vereine und Verbände als auch unsere Sympathisanten und Leser der OKV-NACHRICHTEN sollen damit angeregt werden - soweit noch nicht geschehen – in diesen vorgestellten Initiativen/Projekten nach Möglichkeiten ebenfalls aktiv oder zum Besuch angeregt zu werden bzw. deren Fundus mit zu bereichern.

Ein Haus das lebt

Die Friedrich-Wolf-Gedenkstätte in Lehnitz

Von Tatjana Trögel, Leiterin der Gedenkstätte

Nur wenige Kilometer von Berlin entfernt finden literarisch Interessierte die Friedrich-Wolf-Gedenkstätte in Lehnitz bei Oranienburg. Das Wohnhaus des Schriftstellers Friedrich Wolf und seiner Frau Else ist Museum und gleichzeitig lebendiger Ort für Lesungen, Gespräche, Diskussionen, Schulprojekte, Ausstellungen, Gartenfeste und vielfältigen Begegnungen. Besucher erlebten Günther Gaus, Egon Bahr mit Hans Modrow, Hermann Kant, Fritz-Rudolf Fries, Otto Bräutigam, Klaus Schütz, Volker Braun, Ursula Karusseit mit Markus Wolf, Hilmar Thate und Angelika Domröse, Edzard Reuter, Otto Mellies, Carmen-Maja Antoni und viele andere Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur. Die Gedenkstätte steht unter der Obhut der Friedrich-Wolf-Gesellschaft, die sich um eine produktive Aneignung und Pflege

des Erbes von Friedrich Wolf und einen vielfältigen kulturellen und gesellschaftlichen Diskurs bemüht.

Das umtriebige Leben des Schriftstellers ist bei einem Rundgang durch das Haus im Alten Kiefernweg 5 nacherlebbar. Es ist fast im Originalzustand erhalten und macht den Eindruck, als wären die Bewohner zu einem Spaziergang unterwegs. Als Wolf zu seinem 60. Geburtstag aus seiner winzigen Berliner Wohnung in das Siedlungshaus umziehen konnte, wurde die Inneneinrichtung von der bekannten holländischen Innenarchitektin Ida Liefrink-Falkenberg in der von Wolf bevorzugten Bauhastradition eingerichtet. Aus der Arbeit im Haus entstand eine lange Freundschaft mit Else Wolf. Heute erzählen Familienbilder und Andenken aus dem russischen Exil genauso wie die Schreibma-

schine, das Arzneyschränkchen mit homöopathischen Mitteln oder die Bücher der Bibliothek. Am runden Esstisch der Familie versammelten sich Freunde, Künstler, Politiker, Schüler und natürlich die zahlreichen Mitglieder der Großfamilie Wolf.

Die Gedenkstätte ist als Einzeldenkmal auch Bestandteil einer Denkmalgeschützten Siedlung, an deren schwierige Baugeschichte durch Häftlinge des KZ Sachsenhausen bei Führungen erinnert wird. Die Häuser wurden an Offiziere der Luftwaffe vergeben. Nach der Befreiung waren folgerichtig ehemalige Häftlinge zur Genesung in den Häusern untergebracht. Heute befragt, wie Wolf in so einem belasteten Haus leben konnte, war die damalige Entscheidung, einen Teil der Häuser an Antifaschisten zu geben, sicher ein einsichtiger Grund, dass Friedrich Wolf aus seiner kleinen Wohnung in die sogenannte Waldsiedlung zog, um Zeit und Ruhe für seine schriftstellerischen Arbeiten zu gewinnen. Doch auch diese Zeit wurde unter-

brochen, als er 1949 zum ersten Botschafter der DDR in Polen ernannt wurde. Nach anderthalb Jahren bittet er um seine Entlassung und versucht neben den zahlreichen Verpflichtungen im Kulturbetrieb, weiter an dem Stoff über Thomas Münzer zu arbeiten.

Doch viel Zeit ist ihm nicht vergönnt. Bei einer schweren Grippe unterliegt der Arzt dem Schriftsteller. Wolf fährt zu einer Generalprobe und hält eine Festrede zum 125. Geburtstag des Reclam-Verlages in Leipzig. Sein Herz konnte dieser Überforderung nicht standhalten.

Nach dem Tode Friedrich Wolfs am 5. Oktober 1953 baute Else Wolf mit der Akademie der Künste das Archiv des Schriftstellers auf

und in ihrem Vermächtnis wurde das Haus dem Volk der DDR geschenkt in der Verantwortung der Akademie der Künste. Die Söhne Markus und Konrad Wolf bekräftigten nach dem Tod der Mutter dieses Vermächtnis, das später dem neuen Rechtssystem nicht standhalten konnte. Nach einer langen Zeit der Unsicherheit konnte die Friedrich-Wolf-Gesellschaft als Eigentümerin der Gedenkstätte eingetragen werden. Es ist eine Lust diesen geschichtsträchtigen Ort mit Leben zu füllen. Es ist auch eine finanzielle Last der Werterhaltung eines denkmalgeschützten Hauses und der Unterhaltung eines kulturell umtriebigen Eigenlebens, das weit ins Land hinaus strahlen soll.

Kernstück der Arbeit der Friedrich-Wolf-Gesellschaft bleiben die Veranstaltungen im Wohnzimmer der Familie Wolf, zu denen interessante Gäste zu Lesungen oder den "Lehmitzer Literaturgesprächen" eingeladen sind. Eine Stunde vor Beginn können sich die Besucher mit kundiger Führung im Haus und im Ausstellungsraum umschauen, bei Kaffee und Wein ins Gespräch kommen. Treten Sie ein und seien Sie unser Gast.

■■■

Friedrich-Wolf-Gedenkstätte, Alter Kiefernweg 5, 16515 Oranienburg / OT Lehnitz
Tel. 03301/52 44 80 (Freitags von 10.00 bis 12.00 Uhr)
www.friedrichwolf.de / kontakt@friedrichwolf.de

Öffnungszeiten:
Freitag von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
jeweils eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn
Termine für Gruppen nach Absprache

Preise:
Führungen: 2,00 €, ermäßigt 1,00 €
Lesungen: 5,00 €, ermäßigt 3,00 €
Gruppen: nach Vereinbarung

Menschenrechtspreis 2014 der GBM verliehen

Von Jörg Pauly, GBM e.V.



Foto: Rudolf Demmer

Laura von Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination, wurde am 10. Dezember 2014, dem internationalen Tag der Menschenrechte, durch die GBM mit dem Menschenrechtspreis der Gesellschaft geehrt.

In Anwesenheit von Trägern des Preises und zahlreichen Gästen, besonders

auch aus der Berliner Friedensbewegung, überreichte ihr Karl-Heinz Wendt, Vorsitzender des Bundesvorstandes der GBM, die von Martin Wetzel gestaltete Statuette und die entsprechende Urkunde. Prof. Dr. Wolfgang Richter, der langjährige Vorsitzende der GBM, ebenfalls mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet, begründete die Wahl des Vorstandes, Laura von Wimmersperg mit dem Preis zu ehren. Auch Jutta Kausch würdigte die Verdienste der Laureatin nicht nur in der Berliner Friedensbewegung. Die Geehrte bedankte sich für die Auszeichnung und erklärte, die Würdigung ihrer Arbeit sei für sie Ansporn, in ihrem Engagement gerade jetzt – im Friedenswinter 2014/2015 - nicht nachzulassen.

■■■

Das Präsidium des OKV gratuliert Laura von Wimmersperg auch im Namen seiner Verbände zu dieser Ehrung und wünscht ihr auch weiterhin nicht nachlassende Tatkraft und eine jederzeit ausreichende Gesundheit.

Laura von Wimmersperg stellte die Berliner Friedenskoordination (FRIKO) bereits in den **OKV-Nachrichten 2/2014** sehr ausführlich vor.

■■■

Das OKV veranstaltet eine Podiums- und Publikumsdiskussion mit

Dr. Wolfgang Kühn / Dr. Klaus Blessing – Autoren des Buches „Die zementierte Spaltung“
Prof. Dr. Gerhard Heske – ehem. Leitender Mitarbeiter im Statistischen Bundesamt
Vertreter der Partei DIE LINKE – angefragt
Moderation: Dr. Matthias Werner – Präsident des OKV

Themen-Schwerpunkte:

Wo stand die DDR-Wirtschaft 1989 wirklich?
Wo steht die ostdeutsche Wirtschaft heute?

Am 14. Januar 2015 18 Uhr im Münzenbergsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Unkostenbeitrag 3,- Euro



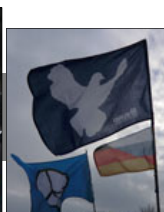
Ein Zitat, wohl zur momentanen Zeit mehr als zutreffend.

»Wenn ihr eure Augen nicht gebraucht um zu sehen, werdet ihr sie brauchen um zu weinen! «

Jean-Paul Sartre



Fotos: Helmut Hoffert



13. Dezember 2014 – „**Stahlhelm ab, Herr Gauck!**“ 4.000 Demonstranten folgten diesem Aufruf und zeigten auch mit vielfältig gestalteten Plakaten und Transparenten: **Verantwortung für unser Land heißt: Nein zu Krieg und Konfrontation!** Das linke Foto zeigt den Mitorganisator Reiner Braun, der u.a. eine Erklärung verlas, die die strikte Abgrenzung nach Rechts beinhaltete. Ganz rechts Eugen Drewermann im Bild, der in einer bewegenden Rede viele der Beweggründe nannte, die eine solche Demonstration gerade auch vor dem Sitz des deutschen Bundespräsidenten notwendiger denn je macht. In den übrigen Fotos ist die Botschaft der Teilnehmer im Ansatz zu erkennen, die Herrn Gauck überbracht wurde. Die gehisste Präsidentenstandarte auf Schloss Bellevue zeigte an, dass er anwesend war, vor den Demonstranten jedoch gut abgeschirmt wurde.

Die Rede von Eugen Drewermann auf YouTube: https://www.youtube.com/watch?v=88xxWfeg_o_s

Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin; Raum 630
Tel.: 030 2978-4630; Fax: -3630
Geschäftszeiten: Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr
Bankverbindung: IBAN: DE30100205000003359600,
BIC: BFSWDE33BER - Bank für Sozialwirtschaft

V.i.S.d.P: Helmut Hoffert
Herstellung im Selbstverlag
Redaktionsschluss: 16. 12. 2014
Erscheint nicht regelmäßig.
Im Internet: <http://www.okv-ev.de>
E-Mail: redaktion@okv-ev.de

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Der Herausgeber behält sich das Recht vor, zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen. Die OKV-Nachrichten dienen der Information und dem Gedankenaustausch. Die Beiträge können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Dieses Mitteilungsblatt ist kostenlos - Spenden zur Finanzierung der Herstellungskosten sind erwünscht.

Wenn gelesen, dann bitte weiterreichen!